



Verkehrsausschuss

10. Sitzung (öffentlich)

22. März 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:36 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Matthias Goeken (CDU)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Schienenpersonennahverkehr in Nordrhein-Westfalen muss verlässlich sein	6
	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/1355	
	Schriftliche Anhörung des Verkehrsausschusses	
	Stellungnahme 18/216	
	Stellungnahme 18/231	
	Stellungnahme 18/232	
	Stellungnahme 18/235	
	Stellungnahme 18/238	
	Stellungnahme 18/239	
	Stellungnahme 18/240	
	Stellungnahme 18/243	
	Stellungnahme 18/245	

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu.

2 Die Landesregierung muss den Schutz der Kritischen Infrastruktur sicherstellen **11**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1375

Ausschussprotokoll 18/163 (Anhörung am 09.02.2023)

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.

3 Zügigere Entfernung und Verwertung rechtswidrig abgestellter Kraftfahrzeuge mittels Beseitigungsanordnungen sowie Vollstreckung im Wege des Sofortvollzugs **12**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/3309

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung zu verschieben.

4 Grenzenlose Reisefreiheit: Nach Corona sollen mehr Jugendliche im Sommer durch Europa reisen **13**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3283

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.

- 5** **Nachtflugregelung am Flughafen Düsseldorf – Theorie und Praxis** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*) **14**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1009
- Wortbeiträge
- 6** **Sachstandsbericht zum Bauprojekt BETUWE-Linie in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **16**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1007
- Wortbeiträge
- 7** **Bericht der Landesregierung zum Sachstand rund um die Aushändigung des Brückenbuchs, der Baupläne und der Computermessergebnisse zur Rahmedetalbrücke** (*Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 3]*) **19**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1008
- Wortbeiträge
- 8** **2 ½ Jahre nach tödlichem Unfall mit Lärmschutzwand – Wo bleibt das damals von der Landesregierung angekündigte Gutachten?** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4]*) **20**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1011 (Neudruck)
- Wortbeiträge
- 9** **Verschiedenes** **25**
- hier: Rheinbrücke Krefeld-Uerdingen

1 Schienenpersonennahverkehr in Nordrhein-Westfalen muss verlässlich sein

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/1355

Schriftliche Anhörung
des Verkehrsausschusses
Stellungnahme 18/216
Stellungnahme 18/231
Stellungnahme 18/232
Stellungnahme 18/235
Stellungnahme 18/238
Stellungnahme 18/239
Stellungnahme 18/240
Stellungnahme 18/243
Stellungnahme 18/245

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung des Antrags an den Verkehrsausschuss am
03.11.2022)*

Vorsitzender Matthias Goeken bedankt sich für die schriftlichen Stellungnahmen, deren Auswertung in der Sitzung am 1. März 2023 auf die heutige Tagesordnung verschoben worden sei.

Ina Besche-Krastl (GRÜNE) schließt sich im Namen der beiden antragstellenden Fraktionen dem Dank für die Stellungnahmen an. Es freue sie, dass die Analyse des Istzustands geteilt werde, die im Antrag formulierten Ziele einen Nerv getroffen hätten und der Antrag in allen Stellungnahmen positiv oder auch sehr positiv bewertet werde.

Sie gehe davon aus, dass das Ministerium und alle im Raum Anwesenden zukünftig verstärkt an der Verbesserung der SPNV-Qualität arbeiten wollten.

Oliver Krauß (CDU) findet die Stellungnahmen sehr hilfreich.

Eine sehr breite Mehrheit der Sachverständigen unterstütze den Antrag.

Von der Deutschen Bahn AG sei das dringend notwendige Bekenntnis zur Weiterentwicklung der Schieneninfrastruktur gekommen, und der vorgesehene finanzielle Beitrag sei positiv bewertet worden.

Der Verkehrsclub Deutschland und der Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe begrüßten den allgemeinen Ansatz des Programms „Robustes Netz“.

Der VDV Nordrhein-Westfalen betone, dass der vorliegende Antrag die richtigen Akzente setze und die drängenden Probleme benenne.

Das Sachverständigenbüro teile die Meinung, dass eine reine Behebung von Mängeln nicht zielführend sei. Seit Jahren würden nur Mängel behoben. Die Erneuerung der Schieneninfrastruktur müsse grundsätzlich und ganzheitlich angegangen werden.

Es freue ihn, dass in diesem Ausschuss nicht nur sachlich darüber diskutiert werde, sondern bei diesen Themen auch grundsätzlich eine breite Mehrheit festzustellen sei. Von daher werbe er um Zustimmung zum Antrag.

Julia Kahle-Hausmann (SPD) führt aus, den Titel des Antrags trage ihre Fraktion mit, aber beim Inhalt sehe sie viel Luft nach oben, weshalb ihre Fraktion den Antrag ablehnen werde.

Sie frage sich, ob man an unterschiedlichen Anhörungen teilgenommen habe. Die Anzuhörenden hätten doch ganz unmissverständlich mitgeteilt, dass die Programme der letzten Monate nicht im Entferntesten ausreichten, um überhaupt die Bestandsverkehre aufrechtzuerhalten.

Die Verkehrsverbünde, die hier gewesen seien, hätten doch deutlich gemacht, dass ihnen bis 2031 5,8 Milliarden Euro fehlten, durchschnittlich also 600 Millionen im Jahr. An der Stelle hätten die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen absolut nichts nach vorne gebracht.

Es fehle an Anstrengungen des Landes für die Bestandsverkehre. Die Frage sei, wie mit diesen Programmen bis 2030 sogar 60 % mehr öffentlicher Verkehr erreicht werden solle. Es fehle an Investitionsprogrammen für die Schieneninfrastruktur. Sie vermisse das große Konzept.

Christof Rasche (FDP) kündigt an, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde, denn im Antrag stehe definitiv nichts Falsches, was daran liegen könne, dass sich im Grunde alles, was im Antrag stehe, fast eins zu eins auf der Internetseite von Fokus Bahn nachlesen lasse.

Finanzierung und Infrastruktur seien in dem Antrag gar nicht thematisiert, obwohl sie in fast jeder Sitzung Thema seien und es Lösungen brauche.

Im Antrag fehle ein Konzept, wie das Ziel aus dem Koalitionsvertrag von 60 % mehr ÖPNV erreicht werden könne. Er habe bereits im Plenum gesagt, dass an diesem Konzept gearbeitet werden müsse. Denn sonst lasse sich das Ziel nicht erreichen. Es genüge nicht, 2029 mit der Arbeit zu beginnen, sondern man müsse jetzt anfangen, um das Ziel Stück für Stück zu erreichen.

In der letzten Verkehrsausschusssitzung sei die Beratung des Antrags mit der Begründung, dass noch Beratungsbedarf bestehe, auf heute verschoben worden. Beratungsbedarf hinsichtlich des eigenen Antrags halte er schon ein Stück weit für bemerkenswert. Eine weitere Beratung führe in der Regel zu Veränderungen. Wenn nichts geändert werde, komme er zu der Schlussfolgerung, dass man sich in der Koalition nicht auf Ergänzungen oder Änderungen habe einigen können.

Ina Besche-Krastl (GRÜNE) äußert, sie freue sich, dass Herr Rasche den Antrag gut finde und die FDP dem Antrag zustimmen werde.

Die Ausführungen von Frau Kahle-Hausmann hätten sie etwas irritiert. Denn zu diesem Antrag habe eine schriftliche Anhörung stattgefunden, und der Antrag sei in allen Stellungnahmen durchweg positiv bewertet worden. Frau Kahle-Hausmann habe recht, dass zu einem anderen Tagesordnungspunkt die Verbände hier gewesen seien, die auch zu Recht gesagt hätten, dass man sich um die Absicherung der Bestandsverkehre kümmern müsse. Sie gehe davon aus, dass hier auch Einigkeit bestehe, sich diesem Anliegen widmen zu wollen. Aber das habe mit dem Antrag und den dazu eingegangenen Stellungnahmen nichts zu tun. Deshalb sei sie ein bisschen verwundert darüber, dass Frau Kahle-Hausmann beides vermische.

Stichwort Beratungsbedarf: Die Stellungnahmen enthielten weitergehende Vorschläge, und man habe sich die Zeit genommen, um die genau zu analysieren. Es stelle sich ja die Frage, ob angesichts der großen Fragestellungen, die da zum Teil aufgeworfen würden, ein kleiner Änderungsantrag ausreiche oder größere Initiativen folgen sollten.

Klaus Esser (AfD) bedankt sich ebenfalls für die schriftlichen Stellungnahmen.

In der Zielsetzung vermute er Einigkeit bei allen Fraktionen: Die Verlässlichkeit und Resilienz der Schiene in Nordrhein-Westfalen müssten dringend gestärkt werden.

Die Gutachter machten doch recht unterschiedliche Aussagen. Auffallend oft werde gesagt, dass die systematischen Fehler im Gesamtsystem SPNV zu wenig angepackt würden und zu sehr an der Oberfläche herumgedoktert werde.

Er stimme dem Kollegen Rasche zu, dass im Antrag nichts Falsches stehe. Allerdings enthalte der Antrag auch wenig Konkretes. Aus dem Grund werde sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Die Kollegin Kahle-Hausmann habe zwar einiges vermischt – zu diesem Antrag habe es eine schriftliche Anhörung gegeben –, so **Oliver Krauß (CDU)**, aber im Kern richtigerweise die Frage nach der Finanzierung aufgeworfen.

Die Aussagen der Verkehrsverbände, aber auch verschiedener Verkehrsunternehmen seien auch Anlass gewesen, noch einmal darüber zu beraten, ob der Aspekt Finanzierung noch mit in den Antrag aufgenommen werden sollte, um auf Basis des Antrags zu einer weitergehenden Initiative zu kommen. Er halte es für richtig, sorgfältig zu überlegen, beide Themen zu vermischen oder besser auseinanderzuhalten. Nach sorgfältiger Beratung habe man sich entschieden, diesen Aspekt nicht mit aufzunehmen. Dafür bitte er um Verständnis. Insofern sei das, was Herr Kollege Rasche gesagt habe, wilde Spekulation. Die Finanzierung und die Frage, wer letztendlich mehr bezahlen müsse – vor allem der Bund –, werde an anderer Stelle noch thematisiert.

Er danke dem Kollegen Rasche dafür, dass er für die FDP-Fraktion Zustimmung zum Antrag signalisiert habe.

Carsten Löcker (SPD) bezweifelt, dass irgendein Satz in diesem Antrag von besonderer Bedeutung sei oder neu mit Blick auf die Situation im Schienenpersonennahverkehr. Das sei alles bereits mindestens sechs Jahre lang rauf und runter diskutiert worden – unabhängig davon, wer Teil der Landesregierung gewesen sei. Hier würden nur Selbstverständlichkeiten aneinandergereiht, Dinge, die in der Sache bereits erkannt seien, inhaltlich bearbeitet und auf den Weg gebracht. Er frage sich, welche Bedeutung solche Sätze mit Blick auf die tatsächlichen Verhältnisse im Land noch erlangen sollten, wenn sie zum x-ten Mal beschlossen würden.

Richtig sei, dass seit Langem für eine auskömmliche Finanzierung seitens des Bundes gekämpft werde. Es könnten gerne Appelle an den Bund formuliert werden; da müsse das große Geld herkommen.

Aber in dem Antrag stehe kein einziger Satz dazu, was eigentlich das Land jenseits der 120 Millionen oder 200 Millionen Euro finanziell beitragen wolle. Über Abellio wolle er gar nicht sprechen, wo im Grunde Nothilfen hätten zur Verfügung gestellt werden müssen. Es gebe überhaupt keinen Plan, nicht einen einzigen Hinweis darauf, was das Land – insbesondere das Verkehrsministerium – in den nächsten Jahren selber tun wolle. Aber darauf warteten die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Darüber sei auch in dieser Legislaturperiode schon oft diskutiert worden, aber bisher liege dazu nichts vor.

Zudem solle noch direkt abgestimmt werden, und es werde erwartet, dass die Opposition das einfach abnicke ohne einen weiteren Diskurs. Seitens der FDP werde der Antrag auch noch gelobt. Seine Fraktion werde das nicht mitmachen und dem Antrag nicht zustimmen.

Er verstehe nicht, warum NRW – anders als andere Bundesländer – bei der Ausgestaltung des Deutschlandtickets nicht weiter sei, auch mit Blick auf den klimapolitischen Ansatz. Viele Menschen im Land warteten auf dieses Ticket, weil sie sich teurere Fahrten nicht mehr leisten könnten. Stattdessen würden hier Anträge vorgelegt, die im Grunde genommen Selbstverständlichkeiten auflisteten, aber nichts Neues enthielten.

Christof Rasche (FDP) bittet um Entschuldigung, falls seine Ausführungen wie wilde Spekulationen gewirkt hätten; er habe das gar nicht so empfunden.

In der Bewertung des Antrags im Hinblick auf seine Bedeutsamkeit bestehe Einigkeit. Aber Tatsache sei: In dem Antrag stehe nichts Falsches. Deshalb werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

Herr Krauß habe das Stichwort „Bund“ genannt. Das sei dieser typische Reflex, bei der Finanzierung auf den Bund zu verweisen. Vor wenigen Tagen habe Minister Krischer bei der Versammlung des Nahverkehrsverbands Westfalen-Lippe wörtlich gesagt: Das Land wird dafür sorgen, dass die Bestandsverkehre 2023 und 2024 finanziert werden. – Von daher sei der Hinweis auf den Bund falsch oder stehe zumindest in einem extremen Widerspruch zu der Aussage des Verkehrsministers.

Man sollte gegenüber den Verbänden die notwendige Finanzierung – wie auch immer die beziffert werde – regeln; man könne die ja nicht auf Dauer warten lassen.

Die Koalition sollte eine gemeinsame Sprache sprechen. Es gehe auch nicht, im Verkehrsausschuss das Gegenteil von dem zu machen, was man als Gast bei einer Veranstaltung gesagt habe, um den Gastgebern nach dem Mund zu reden.

StS Viktor Haase (MUNV) bedankt sich für den Antrag, der wichtige Impulse enthalte.

Bezüglich des Vorwurfs, das Land würde nichts tun, verweise er darauf, dass gerade die Finanzierung schon seit vielen Jahren ein Dauerthema darstelle. Das stehe aber auch aktuell auf der Tagesordnung. Er erkenne keinen Widerspruch zwischen der Aussage des Ministers bei der Versammlung des NWL und dem, was Herr Krauß gerade gesagt habe. Man werde sich darum kümmern, dass die Sicherung der Bestandsverkehre finanziert werden könne. Bei der heutigen Verkehrsministerkonferenz stünden die Finanzierung und das Deutschlandticket natürlich auch auf der Tagesordnung. Die Fragen, die hier im Raum stünden, würden auch sehr zeitnah beantwortet werden können, auch mit Blick auf die Sicherung und Unterstützung.

Er wolle noch mitteilen, dass man die Förderrichtlinie für die 200 Millionen Euro Krisenpaket für die Abmilderung der Energiepreissteigerungen aufgrund des Ukraine-Krieges fertig habe. Das werde auch eine wichtige Maßnahme sein, um den Bestand abzusichern. Damit werde auch den Verkehrsunternehmen sehr geholfen. Die Förderrichtlinie könne in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Wenn diese 200 Millionen Euro auch der Sicherung der Bestandsverkehre dienen sollten, so **Julia Kahle-Hausmann (SPD)**, bedeute das doch, dass diese Mittel für die nächsten Jahre verstetigt werden müssten.

StS Viktor Haase (MUNV) widerspricht. Das sei nicht so zu verstehen, dass diese Mittel verstetigt werden könnten. Das werde nicht das Problem der dauerhaften Absicherung der Bestandsverkehre lösen. Das ergebe sich auch aus der Logik des Sondervermögens.

Es handele sich um einen Beitrag zur Abmilderung der Krise, den die Landesregierung zur Verfügung stellen könne, um die Verkehrsunternehmen, die sich noch immer in der Nachcoronaphase befänden und aktuell durch die Energiepreissteigerungen enorm unter Druck stünden, jetzt zu unterstützen.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu.

